

II-8036 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN  
GZ. 11 0502/317-Pr.2/92

1010 WIEN, DEN 15. Dezember 1992  
HIMMELPFORTGASSE 8  
TELEFON (0222) 51 433

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

3601 IAB  
1992 -12- 15  
zu 3786 J

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Hermann Böhacker und Genossen vom 17. November 1992, Nr. 3786/J, betreffend Wohnbaugenossenschaft, beehre ich mich, auf meine Beantwortung der gleichlautenden Anfrage Nr. 3555/J, vom 9. Oktober 1992 zu verweisen, die am 3. Dezember 1992 erfolgt ist.

Beilage



## BEILAGE

## A n f r a g e :

1. In letzter Zeit war zu hören, daß Wohnbauvereinigungen, welche Gelder "horten" würden, in Zukunft mit der Streichung von Fördermitteln zu rechnen hätten. Können Sie darüber Auskunft geben
  - a) wann dies erfolgen soll?
  - b) auf welcher gesetzlichen Basis dies erfolgen soll?
  - c) ob es sich dabei um eine befristete Maßnahme handelt?
2. Der SPÖ-Wohnbausprecher Abg. Kurt Eder hat davon gesprochen, Wohnbauvereinigungen, welche Förderungsgelder anhäufen würden, mit steuerlichen Sanktionen zu "bestrafen". Gibt es in Ihrem Ministerium dafür bereits entsprechende Vorstellungen?
3. Welche steuerlichen Sanktionen sind hier vorgesehen?
4. Wann sollen diese steuerlichen Sanktionen eingeführt werden?
5. Wie lautet dafür die gesetzliche Basis?